

»Besonderes Filetstück« hätte bis zu 350 000 Euro erbracht

BfA/FDP-Mitgliederversammlung – Schwierige Finanzlage »zum Teil hausgemacht« – Wie »zigtausend Euro« sparen?

Allendorf/Lumda (pm). Der Entwurf des Nachtragshaushalts 2004 und der Antrag von Bürgermeister Horst Hormann (FWG), der vorsieht, die Zahl der Stadtverordneten von 23 auf 19 zu senken, und den Ortsbeirat Allendorf aufzulösen, waren die Themen einer Mitgliederversammlung der BfA/FDP Allendorf/Lumda. Die Mitglieder und Sympathisanten der »Bürger für Allendorf/BfA« bzw. der FDP vertraten im Künstlerhof Ar-

nold die Auffassung, um die politische Kultur in Allendorf/Lumda nicht zu zerreden, hätte es dem Bürgermeister gut zu Gesicht gestanden, »seinen Antrag nicht so zu begründen, wie er es getan hat«. Zitiert wurde aus einem Bericht der »Allgemeinen Zeitung« vom 1. Oktober: »In einer Legislaturperiode, die fünf Jahre dauert, könnten »einige zigtausend Euro« gespart werden, wenn seinem Antrag entsprochen wird.«

Der Vorsitzende des FDP-Ortsverbandes Lumdatal und Stadtverordnete Walter Deissmann wies mit Nachdruck darauf hin, dass die Stadt Allendorf/Lumda mit der Verleihung eines Förderpreises und einer Bürgermedaille die ehrenamtliche Arbeit im Stadtgebiet fördern wolle. »Völlig abwegig und unreal« sei es dann, wenn der Bürgermeister die pauschale Abgeltung aller Auslagen für einen Stadtverordneten mit jährlich 50 Euro und für ein Ortsbeiratsmitglied mit 15 Euro auf »einige zigtausend Euro hochstilisiert«. In diesem Zusammenhang müsse die Frage erlaubt sein, so Deissmann, ob die Stadt Allendorf/Lumda eine Verwaltung unterhält, die so teuer ist, dass für die Zuarbeitung solche Beträge erforderlich sind. Für alle ehrenamtlichen Helfer, die bei verschiedenen Arbeiten tätig waren, sei dies ein Schlag ins Gesicht. Der Vorsitzende betonte, jede Kommune solle sich glücklich schätzen, interessierte Bürger für Ehrenämter im gemeindlichen bzw. städtischen Bereich zur Verfügung zu haben.

Ortsbeiratsmitglied Reiner Placzko hatte sich

mit dem Entwurf des Nachtragshaushalts 2004 und der Haushaltsrede des Bürgermeisters auseinander gesetzt, die er bei der Einbringung am 27. September gehalten hatte. Unter anderem bezog er sich auf einen Bericht in der »Allgemeinen Zeitung« vom 29. September: »Seit 32 Jahren ist Bürgermeister Horst Hormann (FWG) in unterschiedlichen kommunalpolitischen Funktionen – unter anderem war er Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) – tätig. Doch »so schwierig und fast hoffnungslos« war es um die Finanzlage der Stadt Allendorf/Lumda »noch nie bestellt.«

Placzko vertrat die Auffassung, dass diese Situation »zum Teil hausgemacht« ist. Er führte unter anderem die Baulanderschließung im Bereich »Ober der Lohkaute« an und betonte, dass dieses Gebiet unbedingt in eigener Regie hätte erschlossen und vermarktet werden müssen. Alle Voraussetzungen wie der Anschluss an eine Zufahrtstraße, der Abwasserkanal und die Wasserversorgung seien in diesem Bereich – einem »besonderen Filetstück« – bereits vorhanden ge-

wesen. Nach seiner Berechnung, so Placzko, hätte die Stadt Allendorf/Lumda dort, zusätzlich zum so genannten Strukturausgleich von 80 000 Euro, etwa 300 000 bis 350 000 Euro erwirtschaften können. Bei einer Vergabe an einen Bauträger wäre es notwendig und für die Stadt vorteilhaft gewesen, mehrere Angebote einzuholen. Die zweifelhafte Begründung, der Bauträger sei auf die Stadt zugekommen und von daher eine Ausschreibung nicht notwendig gewesen, zeuge im günstigsten Fall von Gutgläubigkeit.

Dass der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Allendorf/Lumda, Ulrich Krieb, die Fraktionen, die den Satzungsbeschluss nicht hatten mittragen können, wegen »Festhalten an alten Zöpfen« und des »plumpen Versuchs des Stimmfanges« beschimpft habe, mache eine besondere Geisteshaltung deutlich. Placzko: »Ich hätte gerne am alten Zopf festgehalten, der nämlich der Stadt an die 350 000 Euro eingebracht hätte, und nicht, wie geschehen, auf eine städtebauliche Gestaltung verzichtet.«

Gießener Allgemeine vom 13.10.2004

CDU: »Bürger nicht mit haltlosen Zahlspielen täuschen«

»BfA/FDP wollen Baulandpreis erhöhen« – »Placzko-Modell mit Gewinnaufschlag würde Preise nach oben treiben«

Allendorf/Lumda (pm). »So nicht stehen lassen« kann der CDU-Stadtverband Allendorf/Lumda nach Mitteilung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenfraktion, Ulrich Krieb, die Äußerungen des BfA/FDP-Ortsbeiratsmitglieds Reiner Placzko in einer Mitgliederversammlung der BfA/FDP (AZ-Ausgabe vom 13. Oktober: »Besonderes Filetstück hätte bis zu 350 000 Euro erbracht«). Damit habe Placzko der CDU eine Mitverantwortung für »eine angebliche Mindereinnahme der Stadt Allendorf/Lumda beim Baulandverkauf« zugewiesen. Krieb: »Wie Reiner Placzko die 350 000 Euro zusätzlich erwirtschaften will, ohne den Bau-

landpreis drastisch zu erhöhen, wäre für die Öffentlichkeit von großem Interesse.« Wenn der Weg über das »Allendorfer Modell« gewählt werden solle, werde die Sozialverträglichkeit der Baulandpreisgestaltung in Allendorf/Lumda, so der Fraktionsvorsitzende weiter, auch von den BfA/FDP in den Mülleimer der Geschichte gekippt. Gerade die Spitzenvertreter der BfA/FDP, allen voran ihr Vorsitzender Walter Deissmann, hätten in der Vergangenheit die Beibehaltung des »Allendorfer Modells« – die Stadt erwirbt, erschließt und vermarktet Bauland, um es an Allendorfer Bauwillige äußerst günstig veräußern zu können – gefordert.

In Krieps Pressemitteilung steht weiter: »Aus einer Erhebung der Verwaltung der Stadt Allendorf/Lumda aus dem Jahr 1999 für die Baulandentwicklung bis zum Jahr 2013 geht hervor, dass für das Baugebiet »Ober der Lohkaute« ein Flächenankauf von 10 361 Quadratmetern erforderlich ist. Zur Vermarktung kann eine Fläche von 8 330 Quadratmetern kommen. Nach dem »Allendorfer Modell« hat die Stadt 1999 einen Erschließungsaufwand in Höhe von 622 840 Euro errechnet. Daraus resultiert ein Verkaufspreis von 75 Euro pro Quadratmeter Bauland. Dem »Allendorfer Modell« war damit entsprochen, die Stadt allerdings mit gewaltigen Kosten über Jahre belastet worden. Für die Vermarktung wird ein Zeitrahmen von vier bis fünf Jahren kalkuliert, was bei den 1999 vorliegenden Bauvoranfragen auch realistisch ist.

Diese Zahlen aus dem Jahr 1999, addiert mit dem Gewinnaufschlag aus dem »Modell Placzko«, ergibt einen Baulandpreis von 126 Euro pro Qua-

dratmeter – eine saftige Erhöhung des Baulandpreises um 68 Prozent auf der Basis von Zahlen aus dem Jahr 1999! Die Stadt könnte tatsächlich einen erheblichen Gewinn aus dem Baulandverkauf erzielen. Ob sich Bauland aber zu diesem Preis vermarkten lässt, ist die andere entscheidende Frage. Preisgünstiges Bauland lässt sich mit dieser Methode sicher nicht anbieten, und dies war immer der Wille gerade der BfA/FDP.«

In der Pressemitteilung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion ist dann zu lesen: »Die Stadt kann die steigenden Kosten der Baulanderschließung, wie in der Vergangenheit oft getan, nicht mehr subventionieren. Andererseits ist der Zeitraum der Vermarktung durch die Stadt zu lang, um Siedlungsflächen für potenzielle Neubürger im Wettbewerb mit anderen Kommunen preisgünstig anzubieten. 1999 hat die CDU Allendorf diese Problematik erkannt und sich für die Entwicklung neuer Wege und Konzepte der Baulandvermarktung eingesetzt. Das 2004

umgesetzte Konzept mit der Einbindung eines privaten Investors zur Erschließung und Vermarktung neuer Baulandflächen ist für die CDU der richtige Weg und mit der FWG konsequent umgesetzt worden. Es hat sich gezeigt, dass die Stadt und das heimische Handwerk von dieser Konzeption in vielerlei Hinsicht profitieren. Letztlich gehen auch Städte wie Pohlheim oder Fernwald diesen Weg.«

Krieb schließt: »Die BfA/FDP sollten aufhören die Allendorfer Bürgerinnen und Bürger mit haltlosen Zahlenspielen zu täuschen. Die Stadt Allendorf/Lumda steht in Zeiten schwieriger Finanzen im Wettbewerb mit anderen Kommunen, um junge Familien anzusiedeln. Nur mit zukunftsfähigen Modellen wird man siedlungspolitische Akzente setzen und in diesem Wettbewerb bestehen können. Die von Reiner Placzko genannten »alten Zöpfe« soll man wirklich abschneiden. Sie sollten ihren gerechten Platz im Heimatmuseum der Stadt finden.«

Gießener Allgemeine vom 16.10.04.10.2004

Bürgermeister nimmt Stellung

»Ortsbeiratsmitglied behauptet schlichtweg totalen Unsinn«

Allendorf/Lumda (pm) »Schlichtweg totaler Unsinn« sei die Behauptung des Ortsbeiratsmitgliedes Reiner Placzko (BfA/FDP), die Stadt Allendorf/Lumda hätte bei einer eigenständigen Vermarktung des Baugebietes »Ober der Lohkaute« 350 000 Euro verdienen können, teilte Bürgermeister Horst Hormann (FWG) gestern in einer Stellungnahme mit. Er bezog sich auf die AZ-Veröffentlichung »Besonderes Filetstück hätte bis zu 350 000 Euro erbracht – BfA/FDP-Mitgliederversammlung – Schwierige Finanzlage zum Teil hausgemacht – Wie zigtausend Euro sparen?« vom 13. Oktober. Hormann: »Die Verbreitung von Unwahrheiten ist auch nicht mehr mit Inkompetenz zu entschuldigen.«

Festzuhalten seien, so der Bürgermeister, diese Fakten: »Der Stadt lag zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bebauungsplanes keine einzige Bauplatzbewerbung vor. Bei einer Vermarktung durch die Stadt hätten gemäß unserer Satzung nur maximal 90 Prozent der anfallenden Erschließungskosten auf die Baulandbewerber umgelegt werden dürfen. Den verbleibenden Rest hätte die Stadt zu tragen gehabt. Wie aber erstmalig in Allendorf/Lumda praktiziert, war nur durch die Erstellung und Vermarktung von schlüsselfertig erstellten Wohnhäusern durch einen Bauträger die Gewinnung von Bauwilligen erst möglich geworden.«

Im Übrigen, heißt es in der Stellungnahme weiter, handele es sich bei dem inzwischen bebauten Areal um ein absolutes Vorzeigestück von moderner Ortsgestaltung. Die Berücksichtigung von ausschließlich heimischen Handwerkern habe zusätzlich zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beigetragen.

Hormann: »Dieses Erfolgsrezept sollte auch für anstehende Baulanderschließungen unbedingt beibehalten und nicht durch unsachliche Diskussionen zerredet werden.«

Gießener Allgemeine vom 22.10.2004

Der private Investor hat seine Chance genutzt«

tsbeiratsmitglied Reiner Placzko wiederholt: Zusätzliche Einnahme von bis zu 350 000 Euro aus der Hand gegeben

endorf/Lumda (pm/mb). Dass die Baulandpreise erhöht werden in oder sollen, habe er in der jüngsten Mitgliederversammlung der FDP Allendorf/Lumda in keiner Weise dargestellt, und das sei auch veröffentlicht worden, erklärte Ortsbeiratsmitglied Reiner Placzko FDP) zur Berichterstattung über diese Versammlung (AZ vom 13. ber: »Besonderes Filetstück hätte bis zu 350 000 Euro erbracht) und er Stellungnahme des Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Stadt-netenversammlung, Ulrich Krieb (AZ vom 16. Oktober: »CDU: Bür-

ger nicht mit haltlosen Zahlenspielen täuschen«). Placzko: »Wenn man die Stellungnahme des CDU-Fraktionsvorsitzenden liest, könnte man meinen, er würde einen anderen Bericht kommentieren als den, der am 13. Oktober veröffentlicht wurde.« Dargestellt habe er, so Placzko, und entsprechend sei berichtet worden, »dass die Stadt Allendorf/Lumda, wenn sie die Erschließung und die Vermarktung des Baugebietes »Ober der Lohkaute« selbst durchgeführt hätte, 300 000 bis 350 000 Euro zusätzlich zum Strukturbeitrag hätte vereinnahmen können.«

sbeiratsmitglied Placzko erläuterte, »um es der CDU-Fraktion zu verdeutlichen«: »Die Einnahmen beziehen sich auf die Differenz Verkauf der Grundstücke und den zu erdenden Kosten der Erschließung. Von einer Erhöhung der Baulandpreise kann überhaupt gesprochen werden. Bei der Berechnung zusätzlichen 300 000 bis 350 000 Euro habe ich die Erschließung »Ober der Lohkaute« zu de gelegt (jeweils Zirka-Angaben): undstücksgröße: 70 mal 150 Meter = 10 500 ratmeter; Straßengröße: 125 mal 5,50 Meter 412,50 Quadratmeter Wendehammer = 1100 ratmeter; umlegbare Kosten auf verwert- Grundstücke = 9400 Quadratmeter; Grund- cskosten 10 500 Quadratmeter mal 20 Euro 0 000 Euro; Erschließungskosten brutto als elwert bei der Grundstückslage und den anderen Versorgungs- und Entsorgungsan- smöglichkeiten (Straßenfläche mal 250) = 275 000 Euro; benkosten: 12,5 Prozent für Planung, Bau- ng, Vermessung usw. auf den Erschließungs- en (12,5 Prozent von 275 000 Euro) = 34 375); 3,5 Prozent Grund-erwerbssteuer plus vier ent Notariatskosten, auf Grundstücksko- gerechnet = 15 750 Euro; Vermarktung: ndstück, Verwaltungskosten = 52 250 Euro f Prozent von Einnahmen aus Verkauf der ndstücke); Vorfinanzierung: 600 000 Euro ein Jahr (5,5 Prozent Zinsen angesetzt) = 00 Euro; zu erwartende Kosten aus Grund-

stückskauf und Erschließung = 620 375 Euro; zu erwartende Einnahmen aus dem Grundstücks- verkauf (9400 Quadratmeter für 110 Euro = 1 035 000 Euro; zu erwartender Ertrag für die Stadt Allendorf/Lumda (1 034 000 Euro minus 620 375 Euro) = 413 625 Euro). Für die Aus- führung durch einen Erschließungsträger erhielt die Stadt Allendorf/Lumda einen Strukturaus- gleich in Höhe von 80 000 Euro. Dadurch ergibt sich eine Differenz von zirka 333 625 Euro, die von der Stadt Allendorf/Lumda als zusätzliche Einnahme aus der Hand gegeben wurde.«

»Berechnung hat absolut nichts mit Erhöhung von Baulandpreisen zu tun«

Ortsbeiratsmitglied Placzko hob hervor, diese Berechnung habe absolut nichts mit der Er- höhung von Baulandpreisen zu tun und sei spe- ziell auf das Baugebiet »Ober der Lohkaute« zu- geschnitten. Die Behauptungen des CDU-Frak- tionsvorsitzenden Krieb seien »nicht nachvoll- ziehbar« und »absolut falsch«. Er habe die Al- lendorfer Bevölkerung anscheinend bewusst mit unsachgemäßen Informationen wie »BfA/FDP wollen Baulandpreise erhöhen« oder »Placzko- Modell mit Gewinnaufschlag« in die Irre führen wollen. Anders könnten seine Aussagen nicht gewertet werden. Placzko: »In meiner Darstel- lung ging es weder um das so genannte »Allen- dorfer Modell« noch um das neue Modell einer Erschließung durch einen privaten Investor nach dem Konzept von CDU und FWG, sondern allein

um das Baugebiet »Ober der Lohkaute.« Placz- ko erläuterte, dieses Gebiet werde zurzeit von ei- nem privaten Erschließungsträger erschlossen und vermarktet. Von den BfA/FDP sei unter- sucht worden, ob auch die Stadt Allendorf/ das Baugebiet kostengünstig hätte erschließen und vermarkten können. Als »Filetstücke« bezeichne man sehr gute Lagen oder optimale Ver- und Entsorgungsanschlussmöglichkeiten.

Das Ortsbeiratsmitglied: »In diesem Fall wa- ren die Anschlüsse für die Ver- und Entsor- gungsleitungen ... vorhanden. Die Wasserversor- gung erfolgt über eine neue Ringleitung von der parallel verlaufenden Straße Lohkaute. Für das Baugebiet mussten keine weiteren Kosten für Kläranlagenanschluss oder sonstige Infrastruk- turmaßnahmen aufgewendet werden. Die Er- schließungsmaßnahmen für das Baugebiet wa- ren also mit überschaubaren Kosten durchzu- führen. Das Risiko der Vermarktung ist in die- sem einen Fall durchaus kalkulierbar und birgt ein geringeres Risiko als vergleichbare Baugeb- iete. Durch die niedrigen Erschließungskosten gegenüber anderen Baugebieten ist auch die Fi- nanzierung überschaubar. Bei zirka 9400 Qua- dratmetern verwertbarer Fläche dürften bereits bei zirka 5500 Quadratmeter verkauften Grund die Kosten der Erschließung abgedeckt sein ... Der private Investor hat seine Chance genutzt und das Konzept der CDU und FWG trotz des ge- zahlten Strukturbeitrages von 80 000 Euro ge- winnbringend zu seinem Vorteil umgesetzt.«

Gießener Allgemeine vom 23.10.2004

»Diskreditierung von Baulandpolitik gefährdet den Standort«

CDU-Fraktionsvorsitzender Krieb: Stadt kein Wirtschaftsunternehmen – »Eigentliches Ziel ist die Wahl im Jahr 2006«

Allendorf/Lumda (pm). Die Frage »Warum diskreditieren die BfA/FDP die Baulandpolitik in Allendorf?« müsse man nach der Stellung- nahme von Ortsbeiratsmitglied Reiner Placzko (AZ-Ausgabe vom 23. Ok- tober: »Der private Investor hat seine Chance genutzt«) stellen, meint der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Al- lendorf/Lumda, Ulrich Krieb. Die Diskussion über neue Wege in der Bau- landerschließung und »vermarktung sei »doch eigentlich« mit dem ein- stimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 7. Juni vom

Tisch gewesen. Sie habe mit den beiden Stimmen der BfA/FDP die neue Konzeption in der Baulandpolitik für künftige Baugebiete gebilligt. Ob- wohl die BfA/ FDP im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) am 17. Mai noch einem Antrag der SPD zur Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft gefolgt seien und einen Antrag der FWG zur der Beibehaltung des Investorenmodells abgelehnt hätten, hätten sie ihre Meinung ohne An- gabe von Gründen in der Stadtverordnetenversammlung vom 7. Juni revidiert und das neue Modell von CDU und FWG als zukunftsweisend erachtet.

Krieb in einer Stellungnahme: »Müssen nun Walter Deissmann und Sylke Schäfer ihren Hut nehmen? Nach Ansicht von Reiner Placzko kann ja die Stadt die Erschließung und Vermarktung von Bauland bis zum Verkauf des schlüsselfertigen Hauses in eigener Regie übernehmen, und die BfA/FDP-Vertreter haben mit ihrem Ja zum Investorenmodell der Verwaltung das falsche Modell für die Zukunft empfohlen.« Placzko habe mit der Veröffentlichung seines »spekulativen Zahlenwerkes seine Ansicht der Dinge der Öffentlichkeit kundgetan und der Stadt damit einen Bärendienst erwiesen«.

Durch solche Veröffentlichungen könnten die Verhandlungen zwischen Stadt und möglichen Investoren gänzlich zerstört oder nahezu un- möglich gemacht werden. Welcher Investor werde sich in Allendorf/Lumda unredliches Verhal- ten unterstellen lassen, wenn er in allen anderen Kommunen einvernehmlich mit Verwaltung und Parlament seine Ziele verfolgen könne. In Pohl- heim, zum Beispiel, werde dieser Weg mit großem Erfolg gegangen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende weiter: »Herr Placzko sollte wissen, dass die Stadt kein Wirt-

schaftsunternehmen »Projektentwicklung, Er- schließung und Vermarktung von Baugrund- stücken« unterhält ... Die Stadt Allendorf/Lum- da hat noch nie fertige Häuser verkauft, so wie dies im Modell mit dem privaten Investor mög- lich geworden ist. Dadurch ist dem heimischen Handwerk in Zeiten wirtschaftlicher Krise, be- sonders der Bauwirtschaft, ein gewichtiges Auf- tragspotenzial eröffnet worden. Heimische Fir- men konnten Arbeitsplätze schaffen, wo andern- orts Arbeitsplätze verloren gehen. Herr Placzko und die BfA/FDP sollten dies in ihre Überlegun- gen einbeziehen, wenn sie den Fraktionen von CDU und FWG unterstellen, 350 000 Euro leichtfertig verspielt zu haben.«

Ein Blick ins Jahr 1999 lasse deutlich werden, wie nach Lösungen für eine zukunftsfähige Bau- landentwicklung gesucht wurde. 1999 habe der Baulandpreis in Allendorf/Lumda 90 Mark je Quadratmeter betragen. In Berechnungen zur Preisentwicklung bis zum Jahr 2013 habe die Stadt einen Preis von 150 Mark je Quadratmeter für 2004 ermittelt – eine Steigerung von 66 Pro- zent bei einer Bauplatznachfrage von Null. Es habe also gegolten, in Konzeption und Marke-

ting neue Wege zu finden, denn Bauland habe je- de Kommune des Landkreises angeboten und die Verbesserung ihrer finanziellen Situation in der Erhöhung der Einkommensteuermulde des Landes gesehen. Das gelingt aber nur, wenn man den Wettbewerb um Neubürger gewinne. Nur wer die besseren Konzepte im Wettbewerb auf- zeigen könne, werde erfolgreich sein. Und das sei Allendorf/Lumda nach dem neuen Modell gewe- sen. Aus dieser Zeit sind der CDU und der FWG Anträge der BfA/FDP in der Stadtverordneten- versammlung aber nicht bekannt. Aus »reinem Opportunismus« hätten sich BfA/FDP jeweils an ein entsprechendes Modell gehängt, nie richtig Farbe bekannt und im Zweifelsfall versucht, den einen gegen den anderen auszuspielen.

Für CDU und FWG werde deutlich, so Krieb abschließend, dass »für die BfA/FDP das Thema Baulandpolitik ein Aufhänger ist, der für eine andere Zielsetzung missbraucht wird.« Das ei- gentliche Ziel sei die Wahl im Jahr 2006. Es sei »verwerflich, einen Investor ... öffentlich zu dis- kreditieren, ihm Gewinnstreben vorzuwerfen und den Ruf der Stadt Allendorf/Lumda zu schädigen«.

Gießener Allgemeine vom 27.10.2004

Mehr als »unsachliche Argumente und Anschuldigungen«

Ortsbeiratsmitglied Reiner Placzko (BfA/FDP): Ausführungen von Bürgermeister Hormann trafen Kern der Sache nicht

Allendorf/Lumda (pm). Weil er »die Nikelsmarkttagge nicht mit politischen Diskussionen stören« wollte, nimmt Reiner Placzko (BfA/FDP), Mitglied des Ortsbeirates Allendorf/Lumda, erst jetzt zu Aussagen von Bürgermeister Horst Hormann (FWG) im Zusammenhang mit dem Baugebiet »Ober der Lohkaute« Stellung. Hormann hatte Placzko die »Verbreitung von Unwahrheiten« und »Inkompetenz« vorgehalten (AZ-Aus-

gabe vom 22. Oktober: »Bürgermeister nimmt Stellung: Ortsbeiratsmitglied behauptet schlichtweg totalen Unsinn«). Placzko teilte nun mit, die Ausführungen des Bürgermeisters zeigten, »wie hilflos er gegenüber den von mir genannten Fakten ist«, so dass er »sich nur durch unsachliche Äußerungen« hervorzuheben versuchen könne. Hormanns Ausführungen treffen, so Placzko, nicht den Kern der Sache.

Ortsbeiratsmitglied Placzko erinnert an Hormanns Ausführungen »Wie aber erstmalig in Allendorf praktiziert, war nur durch die Erstellung und Vermarktung von schlüsselfertig erstellten Wohnhäusern durch einen Bauträger die Gewinnung von Bauwilligen erst möglich geworden«.

Der BfA/FDP-Vertreter dazu: »Ich bin in meinen Ausführungen mit keinem Wort auf den Bauträger, der die Wohnhäuser erstellt, eingegangen. Der Erschließungsträger und der Bauträger sind zwei verschiedene Firmen, deren Inhaber bei dem angesprochenen Baugebiet »Ober der Lohkaute« nahezu identische Personen sind. Vielleicht hat dies bei dem Bürgermeister zu Verwirrungen geführt. Meine Aussagen und Berechnungen beziehen sich ausschließlich auf die Erschließungsmaßnahme und den anschließenden

Verkauf des Baulandes.« Ortsbeiratsmitglied Placzko weiter: »Richtig ist, dass bei einer Erschließung durch die Stadt Allendorf/Lumda nach den gültigen Satzungen die Stadt zehn Prozent des Erschließungsaufwandes zu tragen hätte. Dies ist jedoch bei der Gesamtberechnung ein zu vernachlässigender Betrag. Es verbleibt immer noch ein Differenzbetrag von rund 300 000 Euro. Wohl gemerkt, dabei wurden in keiner Weise der Bau und die Veräußerung der Wohnhäuser angesprochen oder in irgendeiner Form eingerechnet. Das Beispiel der Nachbarstadt Staufenberg hat gezeigt, wie man erfolgreich Anstiedlungspolitik betreiben kann, ohne die Kommune finanziell zu belasten.«

Placzko führt ferner aus: »Die unsachliche Diskussion, die Bürgermeister Hormann anführt, ist

für mich nicht nachzuvollziehen. Der Bürgermeister hat vor einiger Zeit ausgeführt, dass bei der Verkleinerung des Stadtparlaments und der Aufhebung des Ortsbeirats der Kernstadt »zigtausend Euro« gespart werden können. Bisher hat er jedoch vergessen, hierfür eine Aufschlüsselung vorzulegen. Ich erwarte diese mit großer Spannung. Mir drängt sich der Eindruck auf, dass man vielleicht missliebige Ortsbeiratsmitglieder mundtot machen will. Bürgermeister Hormann begibt sich sachlich und fachlich auf eine Ebene, die nach meiner Meinung eines Bürgermeisters unwürdig ist. Von einem Bürgermeister, der dem Magistrat vorsteht und die Stadt nach außen repräsentativ vertritt, dürfen die Bürger mehr erwarten als unsachliche Argumente und Anschuldigungen.«

Gießener Allgemeine vom 11.11.2004